



Auskunft erteilt:	Frau Krüger	Amt/EB:	01-Büro des Oberbürgermeisters / Zentrale Angelegenheiten
Tel.:	0261 129 1533	E-mail:	natalia.krueger@stadt.koblenz.de
Koblenz,	12.07.2022		

Niederschrift

über die Sitzung der Klimaschutzkommission vom 01.07.2022

Stadtvorstand/Vorsitzende

Herr Oberbürgermeister David Langner, Herr Baudezernent Bert Flöck, Frau PD Dr. Margit Theis-Scholz

Ständige Experten der Klimaschutzkommission

Frau Renate Michel (Regionalreferentin der Energieagentur), Herr Prof. Dr. Frank Hergert (Hochschule Koblenz, Fachbereich Ingenieurwesen), Herr Prof. Dr. Henning Pätzold (Universität Koblenz, Professor für Pädagogik mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung in Organisationen)

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Tabea Stötter, Herr Egbert Bialk, Frau Dr. Carolin Schmidt-Wygasch, Herr Dr. Ulrich Kleemann

Ratsfraktion CDU

Frau Anne Schumann-Dreyer, Herr Prof. Dr. Wolfgang Fröhling

Ratsfraktion SPD

Herr Manfred Bastian

Nicht anwesend sind:

Frau Bürgermeisterin Ulrike Mohrs, Herr Prof. Jo Ruoff (Hochschule Koblenz, Professur für Bauphysik, Klimagerechte Architektur und Entwerfen), Herr Manfred Diehl (CDU), Herr Michel Guretzke (CDU), Herr Thomas Kirsch (SPD), Frau Ute Wierschem (SPD), Herr Béla Riebel und Frau Frida Weyer (Jugendrat), Herr Vito Contento (Beirat für Migration und Integration), Frau Ruby Nilges (Queerbeauftragte), Frau Katharina Kubitzka (Behindertenbeauftragte)

Ratsfraktion WGS

Herr Rüdiger Neitzel

Ratsfraktion Die Linke

Herr Nils Kiessling

Ratsfraktion FDP

Herr David Hennchen

Ratsfraktion AFD

Frau Katrin Vogel

Seniorenrat

Dr. Heinz-Günther Borck

Verwaltung

Frau Dagmar Körner (Klimaschutzbeauftragte), Herr Andreas Kaufmann (Eigenbetrieb Stadtentwässerung), Herr Marcus Uhrmacher (Tiefbauamt), Tobias Weiß-Bollin (Radverkehrsbeauftragter)

Schriftführerin

Frau Natalia Krüger

Zuhörer: 1

Presse: ./.

Vertreten sind:

Herr Detlef Pilger (SPD) vertreten durch Herrn Fritz Naumann (SPD), Frau Kathrin Laymann (FW) durch Frau Edina Strikovic

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:10 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung: 16:40 Uhr

Herr Oberbürgermeister Langner begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

<p>Punkt 1: Vortrag zu den Fördermöglichkeiten im Bereich Mobilität Vorlage: UV/0185/2022</p>

Renate Michel trägt eine Präsentation zum Thema Fördermöglichkeiten im Bereich Mobilität vor.

Dr. Kleemann (Bündnis 90/Die Grünen) möchte gerne wissen, welche Fördermittel seitens der Stadt im Bereich Mobilitätsstationen (bspw. Fahrradparkhaus) beantragt wurden und wie der Stand der Arbeiten ist.

Herr Flöck führt aus, dass das von Frau Michel vorgestellte Förderprogramm den Nachteil geringerer Förderquoten im Vergleich zu anderen Förderprogrammen (90 % bis 100%) hat. Daher hat die Verwaltung für ihre Maßnahmen andere Fördertöpfe ausgesucht mit höheren Fördermitteln. Hierzu führt er einige Beispiele auf.

Herr Bialk (Bündnis 90/Die Grünen) spricht die Machbarkeitsstudie für die BUGA 2029 an, bei der er den Klimaschutzaspekt vermisst. Im Hinblick auf den Beschluss des Klimanotstandes muss die Stadt Koblenz seiner Ansicht nach aktiver und fordernder auftreten. Er äußert den Wunsch, dass die Koblenzer Maßnahmen auf Klimaneutralität hinauslaufen. Evtl. kann dies in einem gesonderten Arbeitskreis behandelt werden.

Herr Oberbürgermeister Langner stellt klar, dass die BUGA keine Veranstaltung der Stadt Koblenz ist, daher können hier keine Forderungen gestellt werden. Das Konzept wurde von der BUGA GmbH erstellt. Herr Oberbürgermeister Langner sagt zu, das Thema mit in den Aufsichtsrat zu nehmen. Vor dem Sommer wird es einen BUGA-Ausschuss geben, wo auch das Thema Klimaschutz thematisiert wird. Hier wird es Raum für gute Ideen, Vorschläge und Projekte geben. Evtl. kann das Thema BUGA in der Klimaschutzkommission aufgegriffen werden, dies müsse jedoch gesondert besprochen werden.

Herr Neitzel (WGS) spricht die seit Jahren stillliegende Bahnstrecke zwischen Bassenheim und Koblenz an und möchte von Herrn Flöck wissen, warum es hier trotz mehrerer Anträge noch keinen Radweg gibt.

Herr Oberbürgermeister Langner führt hierzu aus, dass sich der Stadtrat zu einer Erweiterung des Radweges nicht entschieden habe. Es wurden auch Untersuchungen durchgeführt, inwiefern die Aktivierung der Bahnstrecke sinnvoll ist um bspw. Industriegüter zu transportieren. Würde die Bahnstrecke zugunsten des Radweges entwidmet, wäre die Schiennutzung damit komplett ad acta zu legen.

Herr Flöck ergänzt, dass neben den von ihm vorab angeführten Maßnahmen, für die Fördergelder beantragt wurden, noch viele weitere Maßnahmen umgesetzt werden. Der Stadtrat habe zur vorliegenden Thematik gemeinsam mit dem Schienenpersonenzweckverband Nord eine Machbarkeitsstudie beantragt. Es habe sich gezeigt, dass im Unterschied zu vor 5/6 Jahren, sich nun einige vorstellen können, sich an den Bahnverkehr anzuschließen. Selbst wenn die Schienen entfernt werden würden,

würde es immer eine Auflage geben, dass die Trasse erhalten werden müsse. Deshalb wurde untersucht, ob nicht ein Radweg neben der Bahnstrecke realisiert werden könnte. Sobald die Machbarkeitsstudie fertig ist, wird die Sache dem Stadtrat vorgelegt und alles Weitere entschieden.

Dr. Kleemann (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob nur Kommunen die Fördermittel für Fokuskonzepte beantragen können und ob es zwingend neue Ansätze sein müssten.

Laut Frau Michel müssen es keine besonders innovativen Projekte sein. Vielmehr müssen diese dazu geeignet sein, mit den getätigten Investitionen möglichst viel CO2 einsparen zu können. Antragsteller können auch Kirchen, Vereine, Verbände etc. sein.

Herr Hennchen (FDP) fragt, ob es bei der Stadtverwaltung eine zentrale Stelle gibt, die europäische Fördermöglichkeiten in den Blick nimmt.

Laut Herr Flöck ist es zumindest im Hinblick auf das Baudezernat Aufgabe des Fachamtes nach einem geeigneten Förderprogramm Ausschau zu halten.

Punkt 2: Sachstandsbericht und Erfahrungen Starkregengefahrenkarte Vorlage: UV/0186/2022

Hr. Kaufmann trägt den Sachstandsbericht und Erfahrungen zu den Starkregengefahrenkarten Koblenz vor.

Frau Theis-Scholz führt an, dass im Ahrtal insbesondere die Mobilisierung großer Gegenstände zu einer Verstopfung der Abflüsse und Brücken und damit zur Katastrophe geführt habe. Sie fragt, ob der hohe Verdrängungsprozess in den Koblenzer Berechnungen einkalkuliert sei.

Laut Herrn Kaufmann geht das Modell von freien Abflüssen aus. Eine Aufstauung ist in der Demoabbildung nicht berücksichtigt.

Prof. Dr. Hergert merkt an, dass sich die statistisch seltenen Hochwasserereignisse zunehmend häufen und sich die Intervalle voraussichtlich verkürzen werden. Man müsse die Bevölkerung entsprechend informieren. Zur Ablaufmenge führt er an, dass er diese eher nur zu einem Drittel einrechnen würde (es läuft also nur ein Drittel der berechneten Wassermenge ab), die Wasserstände wären damit tatsächlich höher.

Herr Kaufmann gibt an, dass es lediglich Ziel sei, die Bevölkerung für die Thematik zu sensibilisieren und keine Panik zu verbreiten. Es soll die Vorstellungskraft beim Bürger gestärkt werden.

Herr Bialk (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, wie das Risiko kleiner gehalten werden kann und inwiefern die Freihaltung bestimmter Gebiete bzw. Entsiegelung im neuen FNP berücksichtigt wird.

Laut Herrn Kaufmann wurde bereits auf einen verstärkten Unterhaltungsbedarf im diesem Bereich hingewiesen (Kontrollen der Gewässer, Abläufe etc.). Doch selbst bei besten Kontrollen könne es keine Garantie dafür geben, dass sich manche Bereiche nicht doch zusetzen. So brechen bei einem Gewitter bspw. Äste ab, darauf hat niemand Einfluss. Hinsichtlich des FNP fügt er hinzu, dass bestimmte Bereiche nicht bebaut werden.

Punkt 3: Aktuelles aus den Arbeitsgruppen
Vorlage: UV/0187/2022

Prof. Dr. Hergert berichtet über die Besichtigung der PV-Freiflächenanlage in Polch am 7. Apr. 2022. Er fragt, inwieweit Laien bei der Errichtung von Solar-Anlagen (Photovoltaik, Solarthermie) mithelfen können, um die Errichtung der Solar-Anlagen auf städtischen Gebäuden zu beschleunigen.

Herr Flöck möchte das Thema zunächst mit dem Rechtsamt absprechen. Jedoch baut die Stadt Koblenz die Anlagen nicht selbst und kann daher nicht über den Einsatz von Laien beim Bau entscheiden. Vielmehr werden die Aufträge ausgeschrieben und externe Unternehmen mit dem Bau beauftragt. Diese können gerne auf Laien zurückgreifen.

Prof. Dr. Hergert weist auf den Runden Tisch zur Dekarbonisierung hin und lädt die Anwesenden zur Teilnahme ein. Ziel ist es mit kleinen Gruppen von ca. 10 Personen die Themen Energiebereitstellung und Industrie, Wärme und Wohnung, Verkehr und Mobilität sowie Ernährung und Konsum zu thematisieren. Hierzu schlägt er 2 Termine zu den ersten beiden Themen vor: 18.07.2022 ab 19 Uhr und 21.07 ab 19 Uhr (online oder Präsenz). Hier sollen realistische Ideen gesammelt und anschließend in der Klimaschutzkommission vorgestellt werden.

Punkt 4: Sachstand der bisherigen Anträge
Vorlage: UV/0188/2022

Prof. Dr. Borck fragt, wie die Stellungnahme hinsichtlich des Antrags zu den alternativen Bedienungsformen der AG Mobilität und Flächeninanspruchnahme zu bewerten ist. Seiner Ansicht nach bedarf sie dringend weiterer Bearbeitung.

Laut Herr Flöck gibt es hier eine eindeutige Vorgehensweise. So werden die Vorschläge aus der Klimaschutzkommission in die Verwaltung gegeben, die diese dann in den Fachämtern prüft und diskutiert. Die Vorschläge werden anschließend mit den entsprechenden Stellungnahmen im Fachausschuss (hier der ASM) vorgelegt. Der ASM hat die Stellungnahme zum Thema alternative Bedienungsformen ohne Änderungswünsche zur Kenntnis genommen. Dies sei der derzeitige Bearbeitungsstand. Zum Thema selbstfahrende Fahrzeuge gibt es erst seit wenigen Wochen eine Rechtsgrundlage des Bundes. Hier werden derzeit Realisierungsmöglichkeiten geprüft (bspw. Beförderung von der Wohnbebauung zur Seilbahn).

Herr Flöck schlägt Frau Michel vor, ihn direkt zu kontaktieren, damit die entsprechenden Kontakte aus dem Baudezernat vermittelt werden können und eine gemeinsame Diskussion stattfinden kann. Dies sei an der Stelle zielführender als der übliche Gremienweg.

Punkt 5: Verschiedenes

Herr Bialk (Bündnis 90/Die Grünen) führt das Thema Ernährung an. Manche Wissenschaftler würden dem Bereich Ernährung bis zu 40 Prozent der Treibhausgase zuschreiben. Entsprechend müsse das Thema stärker in öffentlichen Einrichtungen berücksichtigt werden. Es gibt eine AG, die mit der Hochschule zusammenarbeitet und bereit wäre, das Thema in einem Vortrag in einer Sitzung der

Klimaschutzkommission zu vertiefen. Evtl. könnte sich hierzu anschließend eine Arbeitsgruppe aus den Reihen der Klimaschutzkommission bilden.

Frau Schumann-Dreyer (CDU) schlägt vor, das Thema mit dem Vorschlag von Prof. Dr. Hergert zu verbinden, der das Thema ebenfalls angesprochen hat.

Herr Oberbürgermeister Langner schlägt vor, den Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Hierzu soll Herr Bialk die Kontaktdaten der von ihm angesprochenen AG an die Stabsstelle Klimaschutz weiterleiten zwecks weiterer Vorbereitung.

Herr Oberbürgermeister Langner schließt die Sitzung um 16.40 Uhr.



David Langner
Oberbürgermeister



Natalia Krüger
Schriftführerin

